

# Studiengebühren - und alles wird gut?

Regina Weber

Die deutsche Diskussion um Studiengebühren ist in den letzten Wochen an ihrem Höhepunkt angekommen. In drei Bundesländern befinden sich Gesetzesentwürfe zur Einführung allgemeiner Gebühren im parlamentarischen Verfahren, in Niedersachsen wurden sie am Freitag per Haushaltsbegleitgesetz eingeführt, in Hamburg und Saarland hat die Landesregierung Rahmenpunkte beschlossen. Die Auswirkungen von allgemeinen Studiengebühren ist in den letzten Jahren in vielfältiger Weise diskutiert worden: Die GegenerInnen haben immer wieder auf die soziale Selektivität hingewiesen, weitere Befürchtungen richteten sich gegen die fatalen Auswirkungen auf nicht an ökonomischer Verwertbarkeit orientierten Inhalten und das Bildungsverständnis in den Hochschulen. Die Frage nach spezifischen Auswirkungen von Studiengebühren auf Frauen stand zumeist im Hintergrund. Im Folgenden soll anhand zweier Thesen gezeigt werden, dass Studiengebühren fatale Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit sowohl im Hochschulsystem als auch in der gesamten Gesellschaft haben.

## 1. Frauen verschulden sich stärker und langanhaltender als Männer bei gleicher Studienzeit.

Die bisherigen Gesetzesentwürfe sehen die Einführung von Nachlaufenden Studiengebühren vor. Pro Semester sollen bis zu 500 g an die Hochschule gezahlt werden. Dabei sollen die Studierenden eine Möglichkeit bekommen, ein Darlehen aufzunehmen und zu üblichen Zinskonditionen das geliehene Geld nach Abschluss der Studiums zurückzahlen können, zum Teil abhängig von ihrem Einkommen. Damit soll aus Sicht der Landesregierungen gesichert werden, dass niemand aus finanziellen Gründen von einem Studium abgehalten wird: Diejenigen Studierenden, die die Gebühren zum aktuellen Zeitpunkt nicht finanzieren können, sollen sich das Geld bei der jeweiligen Landesbank oder einem anderen Kreditinstitut leihen. Was im ersten Moment als ein Mittel zur Abwendung von sozialer Selektion durch Studiengebühren daherkommt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen gerade aus einer geschlechterspezifischen Sichtweise als zentrales Problem und das aus zwei Gründen:

Einerseits haben Frauen in der Regel bei gleicher Qualifikation ein geringeres Einkommen als Männer. Gleichzeitig haben sie auch häufiger Einkommensausfälle aus familiären Gründen, etwa Kinderzeiten und -erziehung, und das gerade zu Beginn der Rückzahlungsphase. Dadurch werden Schulden nicht abbezahlt, sondern durch anfallende Zinsen weiter angehäuft. Ein anlässlich des niedersächsischen Gesetzentwurfs in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass sich bei einer Studienzeit von 10 Semestern und einer Verzögerung des Rückzahlungsbeginn von nur zwei Jahren direkt nach dem Studienabschluss die Verschuldung abhängig vom jeweiligen Zinssatz zwischen 750 g und 1400 g erhöht (Dohmen 2005, 12.). Dauert dieser Verdienstausschlag - etwa verursacht durch Kindererziehung - längere Zeit an, wird sich auch die Verschuldung entsprechend weiter erhöhen. Genauso wird sich durch die Verzinsung auch ein späterer Verdienstausschlag in Form eines stetig ansteigenden Schuldenbergs auswirken. Man kann die Rückzahlung der Gebührenschulden ohne weiteres mit einem Wettlauf mit der Zeit vergleichen. Deshalb finden sich durch Gebühren verschuldete Studentinnen auch ohne Verdienstausschlag besonderen Benachteiligungen ausgesetzt. Die Rückzahlungsdauer hängt unverweigerlich mit der Höhe der monatlichen Zahlungsrate zusammen. Diese wird aber natürlich durch das Einkommen und damit dem zur Verfügung stehenden Geld zusammenhängen. Der durchschnittliche Bruttolohn von Frauen beträgt etwa 20% weniger als die Entlohnung von Männern in vergleichbaren Berufen, bei wissenschaftlichen Tätigkeiten zum Teil noch weniger (IAB 2005, 25.). Gleichzeitig sind deutlich mehr Frauen in Teilzeitarbeit beschäftigt, teils mangels anderer Beschäftigungsmöglichkeiten, teils weil nach wie vor in erster Linie sie Familie und Beruf vereinbaren. Dadurch sind sie auch häufiger gezwungen, kleine

Rückzahlungsraten in Anspruch zu nehmen, die natürlich einen längeren Rückzahlungszeitraum nach sich ziehen und damit aufgrund der Verzinsung die Gesamtschuldenbelastung weiter erhöhen.

Dies sind alles keine neuen Erkenntnisse. Die Einführung von nachlaufenden Studiengebühren in Australien hat vor einigen Jahren gezeigt, dass Frauen weitaus länger zur Tilgung der entstandenen Schulden benötigen. Dabei ist der dortige Unterschied keineswegs gering: Im Durchschnitt werden die Studentinnen 51 Jahre an ihren Hochschulschulden bezahlen, im Vergleich zu 17 Jahren, die ihre männlichen Kommilitonen benötigen. (NTEU 2003) All diese Elemente werden sich auf die finanzielle Situation von Frauen nach dem Studium auswirken und damit direkt auf ihre Lebensqualität. Somit wird die Einführung von Studiengebühren also vor allem junge Frauen von der Aufnahme eines Studiums abschrecken.

## **2. Studiengebühren schrecken Frauen stärker von einem Studium ab als Männer.**

Seit der Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium zu Beginn des letzten Jahrhunderts ist der Anteil von Frauen an den Studierenden bis auf einzelne Ausnahmejahre kontinuierlich gestiegen. (destatis 2005, 12.) In den letzten Jahren begannen mehr Frauen ein Hochschulstudium als Männer. In Laufe einer wissenschaftlichen Karriere verändert sich dieses Verhältnis mit jeder Stufe hin zu einer deutlichen männlichen Dominanz. Mit der Einführung von Studiengebühren ist zu befürchten, dass sich auch der Anteil an Studienanfängerinnen wieder abwärts bewegt. Das kann sich im Laufe der Zeit auch auf die weiteren Stufen der Hochschullaufbahn auswirken. Damit wären im schlimmsten Fall alle gleichstellungspolitischen Bemühungen der letzten Jahre vergebene Mühen gewesen.

Aber warum werden Frauen übermäßig von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt? Es ist in vielen Familien noch immer nicht an der Tagesordnung, dass die eigenen Kinder unabhängig vom Geschlecht gleiche Bildungschancen haben. Vielfach ist die Sorge um Nachwuchs und eine eigene Familie, die von einem Vater ernährt werden will, Grund genug, einer guten Ausbildung von Söhnen eine höhere Priorität einzuräumen als der einer Tochter. Für junge Frauen aus finanziell schwächeren Familien mit mehreren Kindern kann das heißen, dass sie bei der Frage nach einem Studienplatz gegenüber ihren Brüdern zurückstecken müssen.

Seit 2002 sinkt der Anteil der Frauen, die nach der Schule ein Studium aufnehmen wieder, nachdem er zuvor kontinuierlich gestiegen war. Ebenfalls in diesem Zeitraum fällt der Beginn der Diskussion um Langzeitstudiengebühren in vielen Bundesländern. Auch wenn die bisherigen Untersuchungen den direkten Zusammenhang dieser beiden Phänomene nicht nachweisen, ist eine solche Vermutung keineswegs unbegründet. Für junge Frauen spielt in vielen Fällen die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor bereits bei der Berufswahl eine gewisse Rolle. Die Aussicht, nach einem abgeschlossenen Studium mit einem Schuldenberg eine Beschäftigung zu beginnen, die mit vollständigem Verdienstausschlag oder als Teilzeitbeschäftigung kaum zum Abbau der Schulden beitragen kann, lässt ein Studium wenig attraktiv erscheinen.

Die Einführung von Studiengebühren wirkt dem Abbau von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen von Frauen diametral entgegen. Es werden sich weniger junge Frauen für ein Studium entscheiden. Das wiederum hat signifikante Auswirkungen auf die Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbereich. Weniger Studentinnen bedeutet automatisch einen Rückgang von potenziellen Doktorandinnen und damit auch Professorinnen. Das Wissenschaftssystem wird so seine bisherige männliche Prägung nicht aufgeben können und damit auch nicht in eine moderne und diskriminierungsfreie Gesellschaft passen. Auf der anderen Seite beeinflusst die Entscheidung für oder gegen ein Studium auch die persönliche Situation und das weitere Leben jeder Einzelnen. Die Entscheidung gegen ein Hochschulstudium wird sich auch auf die spätere Einkommenssituation der Frauen auswirken. Dadurch können gerade althergebrachte Rollenmuster wieder gestärkt werden,

der Mann stehe in einer entsprechenden Verantwortung als Ernährer der Familie. Somit trägt eine geringere Bildungsbeteiligung von Frauen unweigerlich zur Stärkung eines aus emanzipatorischer Sicht absolut inakzeptablen Ernährer-Hausfrauen-Modell bei.

### Literatur

destatis 2005: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Hochschulstandort Deutschland 2005, Wiesbaden 2005.

Dohmen 2005: Dohmen, Dieter, Eine Analyse des Studiengebührenmodells der niedersächsischen Landesregierung, Köln 2005.

NTEU 2003: National Tertiary Education Union (Hrsg.): "Students Pay More, Universities Get Less, the Government Pockets the Difference", 2003, [URL: <http://www.nteu.org.au/news/2003/2003/5030>] (eingesehen am 2005-10-15)

IAB 2005: Th. Hinz, H. Gartner (Hrsg.), IAB-Discussionpaper No. 4/05: Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.

*Der Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift femina politica, Ausgabe 1/2006, S. 128-131. Die Autorin ist Studentin der Politikwissenschaft an der RWTH Aachen, Mitglied des Vorstands 2005/06 des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), dem bundesweiten Dachverband der Studierendenvertretungen, u.a. verantwortlich für den Bereich Frauen- und Geschlechterpolitik. Kontakt: [regina.weber@fzs.de](mailto:regina.weber@fzs.de)*